

KAPITEL 9: GELD UND INFLATION

Gliederung

- 9.1 Funktionen des Geldes
- 9.2 Geldschöpfung und Geldpolitische Instrumente
- 9.3 Definition, Messung und Bedeutung von Inflation
- 9.4 Ursachen und Bekämpfung von Inflation

9.1 Funktionen des Geldes

Geld wird durch seine Funktionen definiert

- **Tauschmittel:**
(auch Zahlungsmittel) Geld dient in ökonomischen Transaktionen als Tauschmittel, d.h. im Tausch gegen Ware wird Geld allgemein angenommen. Wichtigste Voraussetzung ist die *Akzeptanz* des Geldes als Tauschmittel. Die Akzeptanz kann entweder durch das Vertrauen des Tauschpartners oder per Gesetz entstehen (*gesetzliches Zahlungsmittel*).
- **Recheneinheit:** Geld ist der *Massstab*, mit dem wir ökonomische Transaktionen messen. Die Preise aller handelbaren Waren, Dienstleistungen und Kredite können in ein- und derselben Einheit ausgedrückt werden.
- **Wertaufbewahrung:** Geld gibt die Möglichkeit, die Zahlungsmittelfunktion (Liquidität) über die Zeit hinweg zu erhalten. Man kann mit Geld Werte bzw. Kaufkraft auf zukünftige Perioden übertragen. Im Vergleich zu Gütern sind die Transaktionskosten, wie Kosten für Aufbewahrung (Haltbarkeit), Transport usw. bei Geld sehr gering.



Geld vereinfacht den Handel bzw. ökonomische Transaktionen.

Arten von Geld:

Es gibt zwei Arten von Geld, die alle Funktionen erfüllen. Sie gelten als allgemein anerkannte Zahlungsmittel:

- **Bargeld:** Noten + Münzen, die im Umlauf sind. Bargeld ist der liquideste Vermögenstitel.
- **Buchgeld (oder Giralgeld):** Einlagen auf Bankkonten bzw. Girokonten, die sofort liquidierbar sind (Geschäftsbankengeld).

Geldmengenbegriffe:

Das von der Zentralbank zusammen mit den Geschäftsbanken geschaffene Geld wird in verschiedene Geldmengenbegriffe eingeteilt. Die Geldmenge M_1 umfasst all diejenigen Finanzaktiva, die vom Publikum unmittelbar als Zahlungsmittel eingesetzt werden können. Die Geldmengen M_2 und M_3 umfassen dagegen Finanzaktiva, bei denen eher die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes im Vordergrund steht. Solche Finanzaktiva sind zwar nahe Substitute zu den in M_1 enthaltenen Bankeinlagen, sie sind aber zeitlich weniger schnell verfügbar. Die Geldmengenbestandteile werden deshalb nach ihrer Liquidierbarkeit geordnet. Das Publikum der Geldmenge sind alle Wirtschaftssubjekte, die nicht Banken sind.

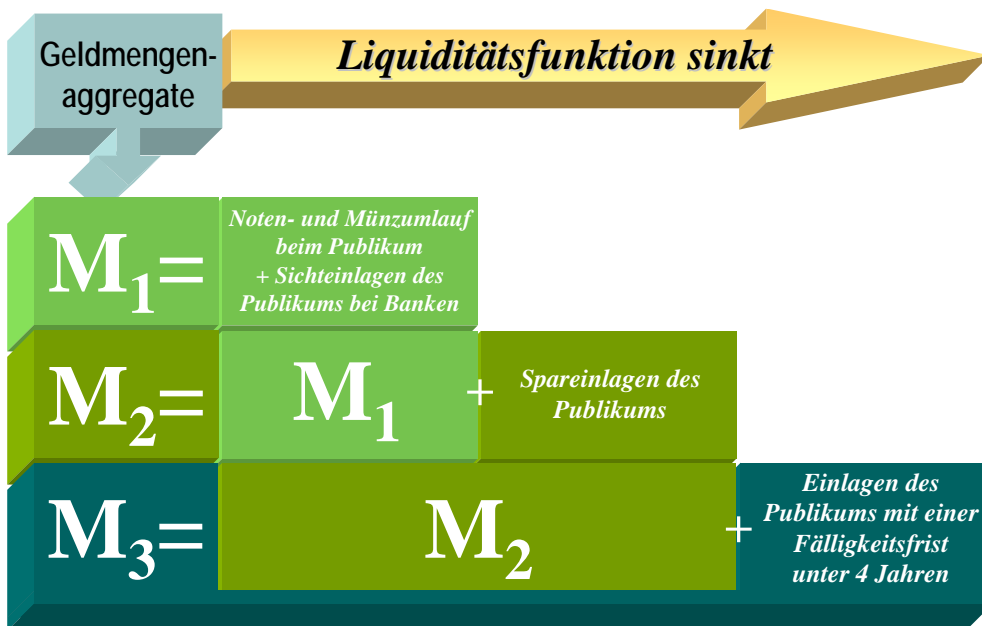


Abb. 9.1: Geldmengen-Aggregate gemäss der Definition der Schweizerischen Nationalbank .

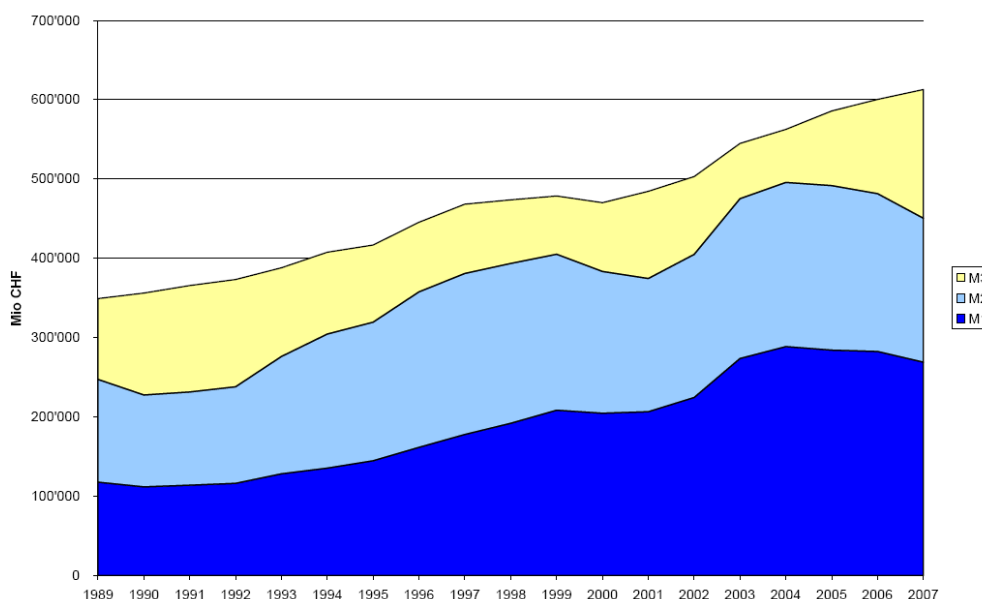


Abb. 9.2: Geldmengenaggregate

Abb. 9.2: Geldmengen-Aggregate Schweiz. Hier werden die Geldmengen-Aggregate in Mio. Franken angegeben. Quelle: <http://www.bfs.admin.ch/>

9.2 Geldschöpfung und Geldpolitische Instrumente

Die von der Zentralbank direkt kontrollierte Notenbankgeldmenge hat wie in Abbildung 9.2 illustriert, einen vergleichsweise geringen Anteil an den Gesamtgeldmengen M_1 , M_2 und M_3 . Ein grosser Teil des im Umlauf befindlichen Geldes entsteht durch einen anderen, durch die Notenbank nicht direkt zu kontrollierenden Prozess, den so genannten Geldschöpfungsprozess. Dieser resultiert aus der Tatsache, dass das Buchgeld (Geschäftsbankengeld), genauso wie Bargeld, zu den allgemein anerkannten Zahlungsmitteln (also zu M_1) gezählt wird. Da das Publikum nicht alle Einlagen auf einmal abheben wird, können die Banken das ihnen anvertraute Bargeld an andere Kunden verleihen. Wenn das verliehene Geld wiederum auf einer Bank deponiert wird, ist die im Rahmen dieses Prozesses entstehende Geldmenge grösser als die ursprüngliche Notenbankgeldmenge. Die genaue Funktionsweise dieses Mechanismus wird mit folgendem Beispiel illustriert:

Geldschöpfungsprozess einer Volkswirtschaft

Beispiel: Geldschöpfung

Annahme:

- Es gibt eine Zentralbank und eine Vielzahl an Geschäftsbanken.
- Die Zentralbank gibt eine „Anfangsausstattung“ an Geld aus.
- Die Geschäftsbanken sind verpflichtet, r % ihrer Einlagen bei der Zentralbank stillzulegen. („Mindestreserve“; r : Mindestreservesatz)

Beispiel:

Ein Angestellter der Zentralbank erhält für seine Leistungen 1000 Schweizer Franken.
Der Mindestreservesatz für die Einlagen des Publikums bei den Geschäftsbanken betrage $r = 10$ %.

1. Stufe: Der Angestellte kauft für seine 1000 CHF einen Tisch bei Unternehmen A. A bringt die 1000 CHF zu seiner Bank, die ihm den Betrag auf seinem Girokonto gutschreibt.

Bilanz Bank 1

Aktiva	Passiva	Geldmenge = <i>Einlagen (+1000)</i> = 1000 CHF
	Einlagen 1000	

2. Stufe: 1. Bank 1 hinterlegt 10 % ihrer Einlagen, d.h. 100 CHF, bei der Zentralbank (MR).
2. Bank 1 gibt Unternehmen B einen Kredit in der Höhe von 900 CHF in bar.

Bilanz Bank 1

Aktiva	Passiva	Geldmenge = <i>Einlagen Bank 1 (1000)</i> + <i>Bargeld (900)</i> = 1900 CHF
Reserven (MR) 100 Kredit an UB 900	Einlagen 1000	

3. Stufe: 1. Unternehmen B kauft Güter bei Unternehmen C, das die 900 CHF zu seiner Bank 2 bringt, die ihm den Betrag gutschreibt.
2. Bank 2 hinterlegt wiederum 10 % ihrer Einlagen bei der Zentralbank (MR = 90 CHF) und vergibt einen Kredit in Höhe von 810 CHF an Unternehmen D in bar.

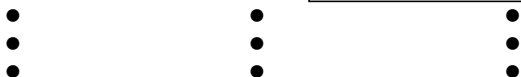
Bilanz Bank 2

Aktiva	Passiva	Geldmenge = <i>Einlagen Bank 1 (1000)</i> + <i>Einlagen Bank 2 (900)</i> + <i>Bargeld (810)</i> = 2710 CHF
Reserven (MR) 90 Kredit an UD 810	Einlagen 900	

4. Stufe: 1. Unternehmen D kauft Güter bei Unternehmen E, das die 810 CHF zu seiner Bank 3 bringt, die ihm den Betrag gutschreibt.
2. Bank 3 hinterlegt wiederum 10 % ihrer Einlagen bei der Zentralbank (MR = 81 CHF) und vergibt einen Kredit in Höhe von 729 CHF an Unternehmen F in bar...

Bilanz Bank 3

Aktiva	Passiva	Geldmenge = <i>Einlagen Bank 1 (1000)</i> + <i>Einlagen Bank 2 (900)</i> + <i>Einlagen Bank 3 (810)</i> + <i>Bargeld (729)</i> = 3439 CHF
Reserven (MR) 81 Kredit an UF 729	Einlagen 810	



GELDSCHÖPFUNG IM OBIGEN BEISPIEL:

Ursprüngliches Zentralbankgeld	1.000
Kredit Bank 1	900
Kredit Bank 2	810
Kredit Bank 3	729
.	.
.	.
.	.
<hr/>	
Geldschöpfung (maximal)	10.000

Die theoretisch maximale Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ist durch den Mindestreservesatz der Zentralbank eingeschränkt. Der Mindestreservesatz ist der Anteil der Bankeinlagen, welcher von den Geschäftsbanken bei der Zentralbank hinterlegt werden muss. Je höher der Mindestreservesatz ist, desto geringer ist das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken. In der einfachsten Form lässt sich die Beziehung zwischen Mindestreservesatz und Geldschöpfungspotential wie folgt darstellen.

r := Mindestreservesatz

$$\text{"Geldschöpfungspotential" } M: = \frac{1}{r} \cdot \text{Zentralbankgeld}$$

Geldschöpfungspotential

einfacher Geldschöpfungsmultiplikator

Der Faktor $\frac{1}{r}$ wird als **einfacher Geldschöpfungsmultiplikator** m_r bezeichnet.

Formal ergibt sich m_r als Summe einer unendlichen geometrischen Reihe, mit $(1-r)$ als konstantem Faktor.

$$\text{Im Beispiel gilt: } m_r = \frac{1}{0,1} \times 1.000 = 10.000$$

Die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken wird im Normalfall durch einen weiteren Faktor limitiert. In der Regel bringen die Kunden der Geschäftsbanken nämlich nicht die gesamte von ihnen gehaltene Geldmenge auf die Bank, sondern behalten einen bestimmten Anteil als Bargeld in der eigenen Kasse. Der durchschnittliche Anteil an gehaltenem Bargeld wird durch den sogenannten Kassenhaltungskoeffizienten (c) ausgedrückt. Durch den Einbezug der Kassenhaltung ändert sich der Geldmultiplikator, den wir mit m_k bezeichnen, wie folgt:

r := Mindestreservesatz

c := Kassenhaltungskoeffizient

m_k := **Geldschöpfungsmultiplikator mit Kassenhaltungskoeffizient**

Geldschöpfungsmultiplikator mit Kassenhaltung

$$m_k = \frac{1}{c + r(1 - c)}$$

$$\text{Geldschöpfungspotential: } = \frac{1}{c + r(1 - c)} \cdot \text{Zentralbankgeld}$$

Im oben angeführten Beispiel wurde ein Kassenhaltungskoeffizient von Null angenommen. Es wurde also unterstellt, dass die Kunden der Geschäftsbanken die gesamte von Ihnen gehaltene Geldmenge auf die Bank bringen. Formal ergibt sich m_k wiederum als Summe einer unendlichen geometrischen Reihe, mit $(1-r)(1-c)$ als konstantem Faktor.

Der Mindestreservesatz wird in der Schweizer Geldpolitik nicht zur kurz- oder mittelfristigen Steuerung der Geldmenge verwendet, sondern soll lediglich garantieren, dass die Banken liquide bleiben. Gegenwärtig liegt der Mindestreservesatz in der Schweiz bei ca. 4%. Der Kassenhaltungskoeffizient schwankt über die Zeit und ist seit der Einführung von Kreditkarten relativ stark zurückgegangen. Zur Zeit liegt er in der Schweiz bei ungefähr 12%. Daraus resultiert ein Geldschöpfungsmultiplikator $m_k = 6,45$.

Geldpolitische Instrumente in der Schweiz¹

Obschon es möglich wäre, die Geldmenge über den Mindestreservesatz zu steuern und dies auch in vielen Ländern geschieht, wird dieses Instrument im wesentlichen in der Schweiz nicht angewandt. Stattdessen verwendet die Schweizerische Nationalbank als Hauptinstrument zur Steuerung der Geldmenge die sogenannten Repo-Geschäfte ("Repurchase Agreement"). Bei einem Repo-Geschäft verkauft eine Geschäftsbank der Nationalbank Wertpapiere und Devisen mit der gleichzeitigen Vereinbarung, Wertpapiere oder Devisen der gleichen Art und Menge zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukaufen. Für die Dauer des Geschäfts wird von der Geschäftsbank ein Zins gezahlt (Repo-Satz).

Um die Geldmenge zu erhöhen, wird entsprechend der Repo-Satz gesenkt, was eine höhere Nachfrage nach Notenbankgeld zur Folge hat. Wenn das Geldangebot hingegen verringert werden soll, wird der Repo-Satz erhöht. Die Geschäftsbanken deponieren dann weniger Wertpapiere bei der Zentralbank und erhalten entsprechend auch weniger Notenbankgeld.

Da solche Geschäfte täglich und für beliebige Perioden abgewickelt werden können sind Repo-Geschäfte flexibler als eine Änderung des Mindestreservesatzes. Weitere Instrumente, wie der einfache Kauf und Verkauf von Gold, Devisen oder Wertpapieren werden heutzutage in der Schweiz nur noch selten angewandt und spielen in der Geldmengensteuerung nur eine untergeordnete Rolle.

Eine geldpolitische Steuerung über den Mindestreservesatz setzt am Geldschöpfungsmultiplikator an, eine Steuerung über den Repo-Satz direkt an der Notenbankmenge. Diese direktere Einflussmassnahme ist der Hauptgrund dafür, dass die Schweiz sich für dieses Instrument entschieden hat.

¹ Vgl. Kapitel 12 im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2005.

9.3 Definition, Messung und Bedeutung von Inflation²

Definition: Inflation ist die Bezeichnung für das Ansteigen des gesamtwirtschaftlichen allgemeinen Preisniveaus über die Zeit. (i. Ggs. Deflation s. unten). Die jährliche Inflationsrate ist die Veränderungsrate (in %) des allgemeinen Preisniveaus einer Volkswirtschaft bezogen auf das Vorjahr.

$$\text{Inflationsrate} := \frac{P_t - P_{t-1}}{P_{t-1}} \cdot 100\%$$

P_t : Preisniveau im laufenden Jahr t

P_{t-1} : Preisniveau im Vorjahr

Begriff: Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)

„Ermittlung“ des Preisniveaus und der Inflationsrate einer Volkswirtschaft

Die konkrete Ermittlung des Preisniveaus und der (jährlichen) Inflationsrate erfolgt in der Schweiz durch das Statistische Bundesamt.

Das Preisniveau wird dadurch bestimmt, dass man zunächst einmal mit Hilfe von Aufzeichnungen der Verbraucher die typische Verbrauchsstruktur eines Durchschnittshaushalts in der Schweiz ermittelt. Man spricht hier auch vom typischen „Warenkorb“ mit den Verbrauchermengen q_{0i} der i ($i = 1, \dots, N$) Güter und Dienstleistungen in einer Basis- oder Referenzperiode 0. Weiter werden, ebenfalls anhand der Aufzeichnungen von Verbrauchern bzw. anhand der Angaben sogenannter Preismeldestellen, durchschnittliche Preise p_i für die verschiedenen Güter und Dienstleistungen i des Warenkorbes ermittelt.

Das Preisniveau in der Referenzperiode ist dann mit

$$P_0 = \frac{\sum_{i=1}^N p_{0i} \cdot q_{0i}}{\sum_{i=1}^N q_{0i}}$$

anzugeben. Analog können die Preisniveaus aktueller Perioden t ermittelt werden, indem die Mengen der Basisperiode mit den Preisen der laufenden Periode P_{ti} bewertet werden.

Das Verhältnis des Preisniveaus in einer Periode t gegenüber dem der Referenzperiode 0 kann mit

$$\frac{P_t}{P_0} = \frac{\sum p_{ti} \cdot q_{0i}}{\sum q_{0i}} \cdot \frac{\sum q_{0i}}{\sum p_{0i} \cdot q_{0i}} = \frac{\sum p_{ti} \cdot q_{0i}}{\sum p_{0i} \cdot q_{0i}}$$

² Vgl. Kapitel 5 im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2005.

angegeben werden. Dieses Verhältnis gibt den Wachstumsfaktor des Preisniveaus an und wird auch als „Laspeyres'scher Preisindex“ bezeichnet. Dabei ist zu beachten, dass $\sum p_{ti} \cdot q_{0i}$ den hypothetischen Wert des Warenkorbs aus dem Referenzjahr angibt, den dieser hätte, wenn die gleichen Mengen wie im Referenzjahr gekauft würden, sie aber zu Preisen des aktuellen Jahres bewertet würden.

Die jährliche Inflationsrate (in %) ergibt sich mit Hilfe der Wachstumsfaktoren als

$$\frac{\frac{P_t - P_{t-1}}{P_{t-1}}}{\frac{P_0 - P_{t-1}}{P_0}} = \frac{P_t - P_{t-1}}{P_{t-1}} \cdot \frac{P_0}{P_0 - P_{t-1}}$$

In der Schweiz wird die auf diese Art ermittelte Inflationsrate auch als Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) bezeichnet. Daneben gibt es weitere, wirtschaftspolitisch aber deutlich weniger wichtige Preisindizes wie etwa den Grosshandels-Preisindex.

Die Aussagekraft des LIK ist vor allem deshalb kritisch zu sehen, weil jeweils für einige Jahre jeweils mit konstantem Warenkorb gearbeitet wird. Nun führen aber beispielsweise Produktinnovationen dazu, dass neue Güter entwickelt werden, die noch nicht im Warenkorb berücksichtigt sind. Andererseits können neue Güter im Warenkorb auftauchen, die für Konsumenten wichtig sind.

Aus diesem Grund wird die Gewichtung der einzelnen Güter des Warenkorbs jedes Jahr (jeweils im Dezember) überprüft und gegebenenfalls verändert. Zudem wird auch der Warenkorb selber in regelmässig revidiert, zuletzt 2005. 2010 wird der LIK umfassend inhaltlich und methodisch überprüft (vgl. Bundesamt für Statistik (2006): Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Leporello, 2006, Neuchâtel.)

Auch Veränderungen der Art und Weise, wo und wie die Konsumenten die verschiedenen Güter einkaufen, können einen Einfluss auf die Höhe der Inflationsrate haben. Kostensparende Verkaufskanäle führen in der Regel (zumindest bei ausreichend hohem Wettbewerb) zu niedrigeren Preisen beim Endverbraucher (*Fabrikverkauf, Versand, E-Commerce usw.*). Auch diesem Problem wird in regelmässigen Revisionen Rechnung getragen.

Konkrete Inflationsraten für die Schweiz

Die Inflationsrate der Schweiz, gemessen durch den LIK, fällt seit vielen Jahren klein aus. Ergebnisse der letzten Dekade finden sich in Tabelle 9.1.

Gütergruppen	Gewichtung 2007	1998	1999	...2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Total	100	0.0	0.8	1.0	0.6	0.6	0.8	1.2	1.1	0.7
Nahrungsmittel, Getränke	10.984	0.8	-0.1	2.1	2.3	1.3	0.5	-0.7	0.0	0.5
Alkoholische Getränke und Tabak	1.712	1.4	3.1	1.8	1.6	1.1	3.5	4.7	1.1	2.1
Bekleidung und Schuhe	4.618	0.8	0.6	-5.2	-2.4	-0.3	-2.7	-0.1	1.9	0.3
Wohnen und Energie	25.448	-0.7	1.0	2.2	0.1	0.4	1.6	3.0	2.8	2.1
Hausrat und laufende Haushaltsführung	4.649	0.3	0.6	0.6	0.2	0.6	0.3	0.0	0.1	0.3
Gesundheitspflege	15.903	0.5	0.4	0.6	0.4	0.9	0.9	0.6	0.0	-0.2
Verkehr	10.796	-0.9	1.9	0.0	-0.4	0.4	1.5	3.4	2.8	1.0
Nachrichtenübermittlung	2.748	-6.8	-7.4	-3.7	-0.6	-0.4	-0.7	-5.7	-6.9	-3.0
Freizeit und Kultur	9.016	0.8	0.5	0.0	-0.1	0.0	-0.4	-0.6	-0.2	-0.5
Erziehung und Unterricht	0.561	2.1	1.3	1.1	1.3	1.9	1.5	1.1	1.6	1.6
Restaurants und Hotels	8.884	0.3	2.2	2.3	2.8	1.3	1.0	1.1	1.2	1.4
Sonstige Waren und Dienstleistungen	4.681	0.7	1.2	1.9	2.6	1.5	1.1	0.9	0.9	0.1

← Inflationrate

Tabelle 9.1 Entwicklung der Konsumentenpreise in der Schweiz. Veränderungsrate der Jahresdurchschnitte der Konsumentenpreise in %. Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008, S. 137.

Beispiel:

Im Jahr 1999 sind die Übernachtungspreise in Hotels im Vergleich zum Vorjahr um **2.2%** gestiegen.



Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)
Abb. 9.3 Inflation in der Schweiz. Aus: Aymo Brunetti (2006): Volkswirtschaftslehre.

Unerwünschte Effekte von Inflation:**1. Unerwünschte Verteilungseffekte**

Inflation kann zu unbeabsichtigten, die Einkommensverteilung verzerrenden, Effekten führen. Dies geschieht genau dann, wenn die Inflation nicht von allen ökonomischen Akteuren vollständig vorhergesehen wird. Wird die Inflation hingegen vollständig vorhergesehen, so kann diese in langfristigen Verträgen (Arbeitsverträge, Kreditvereinbarungen, usw.) berücksichtigt werden. Ein vollständiges Antizipieren der Inflation ist, insbesondere bei plötzlichen Preisschocks, nicht möglich. In der Realität treten entsprechend folgende Verteilungseffekte auf:

- a) *finanzielle Schuldner werden begünstigt, finanzielle Gläubiger werden benachteiligt.*
 - Unerwartete Preisänderungen verteilen das Vermögen zwischen Schuldnern und Gläubigern um.
 - *Ursache:* Inflation verringert den Realwert der Schuld, da viele Kredite in nominalen Grössen (Geldeinheiten) ausgedrückt werden.
- b) *Besitzer von Realvermögen werden begünstigt, Besitzer von Geldvermögen werden benachteiligt.*
 - bei Inflation wird die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes eingeschränkt.
 - Bei Inflation sinkt die reale Kaufkraft des Geldes über die Zeit.
- c) *Zahler fixierter Einkommen werden begünstigt, Empfänger fixierter Einkommen werden benachteiligt.*
 - Wenn Zahlungen (Einkommen) in nominalen Grössen vertraglich festgelegt werden, wie z.B. Renten und Mieten, so werden die Zahler begünstigt und die Empfänger benachteiligt, denn es kommt derselbe Effekt zum Tragen wie beim Schuldner-Gläubiger-Verhältnis (reale Kaufkraft des Geldes sinkt bei Inflation).
 - *Ursache:* die Verträge werden längerfristig abgeschlossen und in nominalen Grössen ausgedrückt.

2. Unerwünschte Produktionseffekte

Die obengenannten Verteilungseffekte können ändern die Anreize der ökonomischen Akteure in bezug auf das Sparen und andere langfristig zu planende Aktivitäten, was zu folgenden unerwünschten Produktionseffekten führen kann.

- a) *Sparmotivation sinkt*
 - Durch den obengenannten Verteilungseffekt zwischen Gläubiger und Schuldner sinkt die Motivation zu sparen, denn die reale Verzinsung (= Nominalzins - Inflationsrate) ist bei Inflation kleiner als bei gleichbleibenden Preisniveau.
 - Durch das sinkende Angebot an Ersparnissen sinkt das Kreditangebot der Geschäftsbanken, was wiederum höhere Kreditzinsen zur Folge hat.
 - Höhere Kreditzinsen führen zu einem Rückgang der Investitionen.
- b) *mehr spekulative Aktivitäten*
 - durch die Unsicherheit der zukünftigen Entwicklungen werden weniger produktive Aktivitäten durchgeführt
 - es treten mehr spekulative Aktivitäten in den Vordergrund, und dadurch gebremste wirtschaftliche Aktivität.

c) *relevant bei hohen und schwankenden Inflationsraten*

- bewirkt Planungsunsicherheit bei Unternehmen: Planungssicherheit ist jedoch eine wichtige Voraussetzung um Investitionen tätigen zu können. Daher führt verstärkte Planungsunsicherheit zu reduziertem Investitionsvolumen.

Fazit: Inflation sollte reduziert werden, nur die negativen Folgen von Inflation zu mildern.

Wirtschaftspolitisches Ziel: Ursachenadäquate Politik

Exkurs:

Deflation

Definition: *Deflation ist die Bezeichnung für das Sinken des gesamtwirtschaftlichen allgemeinen Preisniveaus im Zeitablauf.*

Definition:
Deflation

Deflation ist auch unerwünscht, da sie ebenfalls negative Folgen hat:

1. **Konsumenten:** Konsumenten verschieben Käufe wegen erwarteter weiterer Preissenkungen auf einen späteren Zeitpunkt. Das hat zur Folge, dass die Nachfrage und somit auch die wirtschaftliche Aktivität generell zurückgeht.

2. **Finanzmarkt:** Wenn das Preisniveau sinkt, dann steigt der Quotient $\frac{\text{nominaler Zins}}{\text{Preisniveauanstieg}} = \text{realer Zins}$, bzw. die Differenz $\text{nominaler Zinssatz} - \text{Inflationsrate} = \text{realer Zinssatz}$. Der reale Zins steigt also. Die Folge sind sinkende Investitionen, was wiederum bedeutet, dass die wirtschaftliche Aktivität zurückgeht.

9.4 Ursachen und Bekämpfung von Inflation

Inflationsursachen

1. *Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage* (z.B. wegen Zusatznachfrage aus Ausland, wegen konjunktureller Boomphase im Ausland). Das Angebot wächst nicht in gleichem Mass mit (weil hohe Auslastung der Produktionskapazitäten angenommen wird und Investitionen Zeit brauchen). Als Folge steigen die Preise (Vgl. Mikroökonomie).

2. *Von der Angebotsseite des gesamtwirtschaftlichen Gütermarktes her:*
 - a) Anstieg der Produktionskosten (z.B. wegen Lohnsteigerungen, die höher sind als Produktivitätsanstieg)
 - b) Anstieg der Gewinnmargen (Idee, dass höhere Kosten bzw. Gewinnmargen via Preissteigerungen an Verbraucher weitergegeben werden.)

Massnahmen:

Zu 1) *Inländische Nachfrage drosseln,*

- *durch Minderausgaben beim Staat* (z.B. für Bau-Projekte) (Problem: Minderausgaben und Mehrausgaben fallen in unterschiedlichen Sektoren an, daher negative Beschäftigungseffekte)
- *durch höhere Besteuerung* (Senkung des verfügbaren Einkommens), *welche die private Konsumnachfrage drosselt* (Problem: hoher Zeitbedarf, Gefahr unerwünschter Struktureffekte)
- *Alternativ: Massnahmen zur Angebotssteigerung*, wie z.B. günstigere Kredite durch Zinssenkung (Problem: hoher Zeitbedarf, Zinssenkung erhöht Geldmenge und kann so die Inflation nicht stoppen (wohl aber gewisse unerwünschte Effekte mildern))

Zu 2) *Versuchen, Kostensteigerungen und Steigerungen der Gewinnmargen „im Rahmen“ zu halten* (nicht grösser als Produktivitätsanstieg), z.B. durch Bündnis für Arbeit

Zu 1+2) *generell wichtige Massnahme: Drosselung der umlaufenden Geldmenge via Zinsanstieg* (auch: Anstieg Mindestreservesätze). Keine Inflationsgefahr, solange – unter sonst gleichen Rahmenbedingungen – der Anstieg der Geldmenge nicht höher ist als der Anstieg des realen Sozialprodukts. Fällt der Geldmengenanstieg höher aus, ist Potential zum Anstieg der Konsumentenpreise bzw. des Preisniveaus vorhanden.

Literatur

Klenewefers, H./Pfister, R./Gruber, W. (1993): *Die schweizerische Volkswirtschaft*, 4. vollständig neu bearbeitete Auflage, Frauenfeld, S. 305-318

Mankiw, N. G. (2004): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart, Lebenshaltungskosten: S. 531-551; Inflation: S. 634-648, 664-686; Wechselkurse: S. 699-708

Bundesamt für Statistik (2006): Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Leporello, 2006, Neuchâtel.